

Wieder linke Gewalt gegen Andersdenkende an einer Universität

Universitäten sollten Einrichtungen der Forschung und Lehre und besonders des freien Diskurses sein. In Deutschland hapert es mit dem freien Diskurs an den Hochschulen zunehmend. Sie erinnern sich sicher an geplante Vorträge an Unis, wo Veranstaltungen abgesagt wurden, weil ein linker Mob gegen unliebsame Referenten (Wendt, Kutschera) mobilisiert hatte.

Erst vor wenigen Wochen hatte sich in Frankfurt die Präsidentin der Goethe-Universität Birgitta Wolff demonstrativ vor die Ethnologin Susanne Schröter gestellt. Die hatte eine wissenschaftliche Konferenz zum „Kopftuchstreit“ organisiert und damit eine beispiellose „Hetzkampagne“ gegen sich selbst ausgelöst. Die Veranstaltung (u.a. mit Alice Schwarzer) konnte schließlich unter starken Sicherheitsvorkehrungen stattfinden. Inzwischen gibt es öffentliche Forderungen, Schröter zu entlassen. Und der AStA, also die Studentenvertretung, diskutiert allen Ernstes darüber, welche Positionen welcher Diskussionsteilnehmer an einer Universität zugelassen werden dürfe und welche nicht.

Ähnlich vor wenigen Tagen an der ehrwürdigen Bonner Universität. Dort hatte die christliche Studentenorganisation „Studentisches Kulturforum Bornewasser“ zu Vortrag und Diskussion Alexander Tschugguel eingeladen, den Mitorganisator des „Marsch für das Leben“ in Wien.

Wenig christlich verhielten sich dabei etwa 200 linke Aktivisten. Zahlreiche Organisationen hatten den Aufruf zum Widerstand gegen die Veranstaltung unterzeichnet, darunter SDS, Jungsozialisten (SPD) und Grüne Hochschulgruppe, natürlich auch das „LGBT*IQ+ Jugendzentrum GAP“ und das „Referat für Frauen- und Geschlechtergerechtigkeit“. Sie alle finden Vorträge über den Schutz des menschlichen Lebens „menschenfeindlich und fundamentalistisch“. Und so begaben sich die Schreihälse nach ihrer Gegenkundgebung im Arkadenhof der Universität ins Hauptgebäude. Die Veranstalter des Kulturforums sagten dem Sicherheitsdienst der Uni, andere Meinungen seien ihnen ausdrücklich willkommen.

Aber wie üblich ging es diesen Leuten nicht um „Meinungen“. Sie blockierten den Eingang zum Hörsaal und skandierten dumpfe Parolen wie „Homophobie, raus aus der Uni“ und „Halt die Fresse“. Transparente hatten sie auch dabei, etwa eins mit der besonders geschmacklosen Aufschrift „Masturbation statt Kommunion“.

Was lehrt uns das?

- 1) Toleranz gegenüber Intoleranten zahlt sich niemals aus.
- 2) Die Hochschulen müssen als Horte des freien Meinungs Austausches energisch verteidigt und erhalten werden.
- 3) In ihrer ganzen Hilflosigkeit setzt das linke Aktivistenmilieu in Deutschland längst nicht mehr auf die Kraft von Argumenten. So wie man auch AfD-Veranstaltungen in vielen Städten mit Gewalt verhindern will, so versucht man auch unliebsame Positionen und Menschen aus den Unis zu drängen.

Das dürfen wir nicht zulassen.

Lesen Sie dazu auch [hier](#)

Wir müssen jeden verdammten Tag darüber berichten...bis sich etwas ändert

Ein junges Paar zeltet nahe Bonn am Ufer des Rheins, es ist eine halbe Stunde nach Mitternacht. Plötzlich steht ein „Dunkelhäutiger“ (Polizeibericht) vor dem Zelt mit einem großen Messer. Er zwingt die 23-jährige Frau unter Drohungen aus dem Zelt und vergeht sich sexuell an ihr. Dann flüchtet er, bisher wurde er nicht gefunden. Die Frau ist im Krankenhaus.

Passiert ist das vor wenigen Stunden. Muss man darüber berichten? Müssen Medien schreiben, dass der Täter „dunkelhäutig“ ist? Stärkt das nicht den „Rechtspopulismus“?

Mir ist das egal, ja, es erschüttert mich, was in unserem Land Tag für Tag passiert.

Gleich werden sie wieder kommen, die Weichspüler in den sozialen Netzwerken. Sexuelle Übergriffe hat es auch früher gegeben. Auch Deutsche sind immer wieder Vergewaltiger. Und sterben nicht auch viele Menschen im Straßenverkehr. Stellt euch mal nicht so an...

Man muss jeden Tag darüber berichten, was in Deutschland passiert, seit unverantwortliche Politiker es zu einem „bunten Deutschland“ erklärt haben, seit verantwortungslos über Wochen die Grenzen unseres Landes für jedermann geöffnet wurden für einen unkontrollierten Massenzug. Seit dieser Staat, unser Staat, nicht mehr die Kraft hat, 560.000 illegal in Deutschland lebende „Geduldete“ abzuschieben.

Wirtschaftliche Entwicklung? Rentenerhöhung? Kita-Ausbau? Es ist mir vollkommen egal. Ich will mein Land zurück, so, wie es mal war...